

**Antrag 176/I/2020**

**KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: AfA, FA VII - Wirtschaft und Arbeit (Konsens)**

**Integration von Geflüchteten durch eine bessere Arbeitsvermittlung voranbringen und nachhaltig gestalten!**

- 1 Wir fordern zur besseren Integration von Geflüchteten:  
2  
3 1. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen passend zur  
4 Sprach- und Berufsqualifikation der jobsuchenden Perso-  
5 nen sein. Ausländische Berufsabschlüsse sollen bei der  
6 Vermittlung stärker berücksichtigt werden sowie deren  
7 formale Anerkennung soll beschleunigt und erleichtert  
8 werden, damit die Menschen nicht in prekären Jobs lan-  
9 den. Nötige Zusatzkurse zur Anerkennung von ausländi-  
10 schen Berufsabschlüssen sollen vom Jobcenter finanziert  
11 werden.  
12  
13 2. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen gemäß den Be-  
14 rufsabschlüssen und dem Jobmarkt sinnvoll und zielge-  
15 richtet sein und dürfen keine Pseudo-Beschäftigung dar-  
16 stellen. Alle angebotenen Maßnahmen sollen von einer  
17 unabhängigen Stelle auf ihre Zweckmäßigkeit kontrolliert  
18 werden. Das Feedback der an den Maßnahmen teilneh-  
19 menden Personen ist dabei zu berücksichtigen.  
20  
21 Darüber hinaus fordern wir allgemein:  
22  
23 3. Jobsuchende sollen nicht unter ihrer Qualifikation ver-  
24 mittelt werden. Sollte dem Jobsuchenden auf absehba-  
25 re Zeit keine adäquate Stelle zur Verfügung stehen, soll-  
26 te das Jobcenter den Arbeitssuchenden dabei unterstüt-  
27 zen, einen neuen Beruf zu erlernen. Gleichzeitig soll für al-  
28 le Arbeitssuchenden die Möglichkeit geschaffen werden,  
29 einen Berufsabschluss zu erwerben.  
30  
31 4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter  
32 müssen besser qualifiziert und unbefristet eingestellt  
33 werden.  
34  
35 5. Die Vermittlung in Ausbildung insbesondere bei Be-  
36 rufen in denen Fachkräftemangel herrscht, soll schneller  
37 und einfacher ermöglicht werden.  
38  
39 6. Der Mindestlohn in Deutschland soll auf mindestens 12  
40 Euro ohne Ausnahmen angehoben werden.  
41  
42 **Begründung**  
43 Die Integration in den Jobmarkt ist ein wichtiger Schritt  
44 für die Integration von geflüchteten Menschen in unsere  
45 Gesellschaft. Ein Job bietet im besten Fall finanzielle Un-  
46 abhängigigkeit, langfristige Perspektiven und Kontakte zu  
47 Alteingesessenen auf Augenhöhe. Allerdings werden im-

48 mer wieder Fälle bekannt, indem geflüchtete Menschen  
49 in Deutschland weit unter ihren ausländischen Berufsab-  
50 schlüssen arbeiten, obwohl sie gute Qualifikationen für  
51 gesuchte Jobprofile mitbringen. Dies ist frustrierend und  
52 mindert die Integration. Viele Jobsuchende landen zudem  
53 in Maßnahmen des Jobcenters, die aus Sicht der Teilneh-  
54 menden keinen Sinn und keine Perspektiven für eine gute  
55 Berufsqualifikation bieten. Es wurden in der Presse Fälle  
56 genannt, in denen die Organisationen, die Maßnahmen  
57 anbieten, nur die Unterschriften der Teilnehmenden ein-  
58 sammeln und diese nicht an den Kursen teilnehmen. Sol-  
59 che Maßnahmen werden oft von beiden Seiten als sinn-  
60 los empfunden werden. Diese „Pseudo“-Kurse zahlt der  
61 Steuerzahler. Dies ist nicht zielführend und muss verhin-  
62 dert werden. Nachhaltiger wäre es den Jobsuchenden ei-  
63 ne qualitative Ausbildung anzubieten, um ihnen eine Per-  
64 spektive zu bieten.

65

66 Viele geflüchtete Menschen landen in prekären Jobs, die  
67 mit dem Mindestlohn vergütet werden. Zum Jahresbe-  
68 ginn ist der Mindestlohn in Deutschland auf 9,35 Euro pro  
69 Stunde gestiegen. Damit liegt die Lohnuntergrenze auf ei-  
70 nem vergleichsweise niedrigen Niveau: In einer Ranglis-  
71 te von sieben westeuropäischen Staaten mit einem ge-  
72 setzlichen Mindestlohn liegt Deutschland auf dem letzten  
73 Platz. Das geht aus einer Studie des Wirtschafts- und So-  
74 zialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschafts-  
75 nahen Hans-Böckler-Stiftung hervor. Gewerkschaften for-  
76 dern hingegen die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Eu-  
77 ro, um vor Armut , besonders im Rentenalter, besser ge-  
78 schützt zu sein.